

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Wem nutzt Afrikas Erdölboom?

Die Länder am Golf von Guinea (West- bis Zentralafrika) besitzen beträchtliche Erdöl- und Erdgasreserven in der See sowie auf dem Festland. Multinationale Unternehmen investieren zunehmend in der Region.

Aufgrund des steigenden Ölpreises erwarten die afrikanischen Erdölförderländer für die nächsten Jahre erhebliche Einnahmen.

Dieser Reichtum an Bodenschätzen könnte einen wichtigen Entwicklungsimpuls geben und entscheidend zur Armutsbekämpfung genutzt werden. Trotzdem gehören diese Länder zu den ärmsten der Welt. Seit Beginn der Ölförderung vor 60 Jahren ist die Armut sogar gestiegen.

Besonders im Erdölsektor herrschen Korruption, Missmanagement und mangelnde Transparenz. Die Einnahmen aus der Erdölförderung kommen nur einer kleinen Elite zugute; die direkt Betroffenen werden kaum in die Planung einbezogen und ihre Regierungen legen keine Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ab.

Erdölförderung ist häufig verbunden mit Umweltzerstörung, gewaltsam ausgetragenen Konflikten und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen.

„Legt offen, was ihr zahlt“

2002 wurde von britischen Organisationen die internationale Kampagne *Publish what you pay* (PWYP, „Legt offen, was ihr zahlt“) ins Leben gerufen. Sie ruft die rohstofffördernden Firmen auf, ihre gesamten Zahlungen an die Regierungen der Förderländer zu veröffentlichen. PWYP fordert zudem von Regierungen Rechenschaft über die Einnahmen von Erdöl-, Gas- und Bergbauunternehmen. Darüber hinaus wird die Offenlegung der Verträge zwischen Unternehmen und Regierungen verlangt.

Mehr Transparenz kann dazu beitragen, dass die Erlöse der Rohstoffförderung nicht mehr in dunklen Kanälen verschwinden. PWYP fordert auch die – bislang fehlende – Verwendung der Einnahmen zur Armutsbekämpfung (*Publish how you spend it*) und ein Mitspracherecht der direkt Betroffenen bei neuen Bergbauvorhaben. Beides sind Voraussetzungen für die Verwendung der Gelder zur dauerhaften Entwicklung der Rohstoffförderländer. Ähnliche Ziele verfolgt die von der britischen Regierung angelegte Initiative zu Transparenz in der Rohstoffindustrie (*Extractive Industries Transparency Initiative, EITI*).

23 Länder und eine Reihe von Konzernen haben sich bisher zur transparenten Offenlegung von Rohstofflösungen bekannt (Stand: Juli 2008). Die Realität zeigt aber, dass einige Länder über Rhetorik kaum hinausgekommen sind und die grassierende Korruption in den afrikanischen Erdölländern fortbesteht.

Andere erdölreiche Länder, wie Angola, sind EITI erst gar nicht beigetreten.

Energiewende einleiten

Wir brauchen eine „Energiewende“. Dies bedeutet Energie einzusparen sowie eine effizientere Nutzung von Energiequellen, den Ausbau erneuerbarer Energien und der öffentlichen Verkehrsmittel. Wir brauchen Anreize für verbrauchsarme Autos sowie kostendeckende Flugpreise.

Ein nachhaltigerer Lebensstil kann zu Einsparungen, mehr Zufriedenheit und höherer Lebensqualität führen. Für Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutet der Verzicht auf besonders energieintensive Mobilität und Konsumgüter keine Einschränkung ihrer Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten.

Daneben bleibt es vordringlich, die Zivilgesellschaft im Süden auch bei der Artikulation der Interessen der Lokalbevölkerung, der Konfliktprävention sowie der Befriedung von Konflikten zu unterstützen, die durch die Erdölförderung verursacht werden.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Die Arbeitsgruppe Erdölprojekt Tschad/Kamerun

Ein Konsortium aus den Erdölkonzernen ESSO, Chevron und der malaysischen Erdölfirma Petronas beutet große Erdölvorkommen im Süden des Tschad aus. Seit Juli 2003 fließt das erste Öl aus demnächst insgesamt 500 Bohrlöchern.

Eine 1.070 km lange Pipeline transportiert das Öl quer durch Kamerun zur Atlantikküste. Die Pipeline endet auf einem einwandigen Tanker, der im Golf von Guinea verankert ist. Von dort wird es auf Tanker verladen.

Erstmalig fließt Öl aus Zentralafrika direkt an die Atlantikküste. Bis zum Jahr 2015 wollen die USA 25 Prozent ihrer Ölimporte aus dieser Region decken.

Ölförderung war bisher an anderen Orten mit massiven Verletzungen der Menschenrechte verbunden, z.B. im benachbarten Niger-Delta. Im Tschad sollte das alles anders werden. Sagten Weltbank, Regierungen, das Konsortium und viele engagierte Menschen weltweit. In Deutschland taten sich etwa 20 Nichtregierungsorganisationen zur Arbeitsgruppe Erdölprojekt Tschad/Kamerun zusammen. Gemeinsam mit den Menschen im Tschad wollten sie dafür sorgen, dass die Ölförderung im Tschad unter sozial und umweltverträglichen Bedingungen erfolgt.

Die AG Erdölprojekt Tschad/Kamerun wird gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (eed), EIRENE und MISEREOR

Vgl.: www.erdoel-tschad.de

Konsumentinnen und Konsumenten können sich für Energieunternehmen entscheiden, die nachhaltig und umweltbewusst wirtschaften. Wer Geld anlegt, sollte das nicht in Fonds tun, die in fossile Energieträger investieren. Eine Alternative bietet der Wechsel zu Geldinstituten, die erneuerbare Energien finanzieren.

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWent gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Kakao von der Elfenbeinküste

Weltweit werden jährlich drei Millionen Tonnen Kakao produziert. Der größte Kakaoexporteur ist mit einem Anteil von 37 Prozent die westafrikanische Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire). Insgesamt stammen 70 Prozent dieses Rohstoffs aus den Staaten am Golf von Guinea.

Kakao wird zweimal im Jahr geerntet. Die Früchte des Kakaobaums enthalten bis zu 50 in das Fruchtfleisch eingebettete Samen, die als Kakaobohnen bezeichnet werden. Diese Samen werden getrocknet, in Säcke verpackt und zum größten Teil nach Europa und Nordamerika gebracht, wo sie zunächst zu Kakaomasse und dann u.a. zu Schokolade weiterverarbeitet werden.

In der Elfenbeinküste sind ca. vier Millionen Menschen von der Kakaoproduktion abhängig, d.h. ungefähr ein Viertel der Bevölkerung. Fruchtbares Plantagenland ist knapp und zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen umkämpft.

Seit September 2002 schwelt ein Bürgerkrieg im Norden und Westen des Landes. Mit den Steuereinnahmen aus der Kakaoproduktion bezahlte die Regierung Waffenimporte und den Einsatz ausländischer Söldner. Auch die Rebellenbewegung *Forces Nouvelles* finanzierten ihren Kampf mit geschmuggeltem Kakao.

Kinderarbeit, Korruption, bewaffnete Konflikte

Trotz ihrer Spitzenposition im Weltkakaoexport gehört die Elfenbeinküste zu den 20 ärmsten Ländern der Welt. Nach dem *Human Development Index* (Index für menschliche Entwicklung) der UN liegt sie auf Platz 166 (von 177). Der wirtschaftliche Absturz der ehemaligen „Schweiz Westafrikas“ hat sich durch die Folgen des Bürgerkriegs in den letzten Jahren beschleunigt.

Kinderarbeit – vor allem von minderjährigen Migranten aus den Nachbarstaaten – ist im ivoirischen Kakaosektor weit verbreitet. 2001 unterzeichnete die Elfenbeinküste das „Harkin-Engel-Protokoll“ mit dem Ziel, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit in der Westafrikanischen Kakaoindustrie zu beseitigen. Unternehmen sollen verpflichtet werden, ein unabhängiges und glaubwürdiges Überwachungs- und Kontrollsystem einzuführen, um bei ihren Lieferanten Kinderarbeit zu unterbinden. Zusätzlich wird von den Unternehmen erwartet, dass sie zugunsten der Betroffenen glaubwürdige Programme einführen, um die Rehabilitation und Entschädigung der betroffenen Kinder zu verwirklichen. Eine verbindliche Umsetzung dieses Protokolls steht jedoch aus.

Der Kakao von der Elfenbeinküste hat einen bitteren Nachgeschmack – jahrelange Krisen, Instabilität, Korruption, bewaffnete Konflikte, ungerechte Verteilung des Farmlands und Bauernarmut gehören dazu.

„Faire“ Schokolade schmeckt besser

Die USA, Deutschland, England, Frankreich und Russland sind die größten Kakaokonsumenten der Welt. Allein in Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verzehr an Schokolade bei neun Kilo jährlich. 57 Prozent des Kakaos stammt von der Elfenbeinküste.

Gerecht produzierte und gehandelte Schokolade schmeckt besser! Kakao und Schokolade aus zertifiziertem fairem Handel müssen unter streng überwachten Bedingungen gewonnen und verarbeitet worden sein. Dazu gehören unter anderem umweltfreundliche Produktion und der Verzicht auf Kinderarbeit.

Schokolade mit TransFair-Siegel wird von der gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) angeboten. Der Kakao für die gepa-Produkte stammt von Kleinbauern, die sich zu Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen haben.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Flüchtlinge und Rückkehrer

Das Dorf Diari liegt in Moyon-Cavally, einer Region im Westen der Elfenbeinküste an der Grenze zu Liberia. Vor dem bewaffneten Konflikt lebten hier 2.187 Menschen, von denen 25 Prozent aus Burkina Faso, Mali und Liberia stammten. Die meisten von ihnen lebten seit über 40 Jahre in Diari, wo sie Kakao und Kaffee anbauten.

Am 1. August 2003 flohen die „Ausländerinnen“ und „Ausländer“ vor dem Krieg in das Flüchtlingslager in Guiglo. Erst dreieinhalb Jahre später wagte im März 2007 eine erste Gruppe in einem Konvoy der Internationalen Flüchtlingsorganisation der UN (IOM) zurückzukehren.

Doch wegen der Angriffe aus anderen Dörfern können die Rückkehrenden nicht mehr auf ihren früheren Plantagen arbeiten. „Wir haben hier große Probleme“, beklagt einer der Betroffenen. „Unsere Kinder haben nicht genug zu essen, weil wir nicht mehr auf die Plantagen können. Wir fürchten die Übergriffe aus den Nachbardörfern. Sie haben uns unsere Kakaoplantagen weggenommen.“

Aus: BICC-Interviews mit Flüchtlingen in Diari (April 2008). Vgl. auch BICC brief 38, Jolien Schure, Lena Guesnet, Wolf-Christian Paes. „Côte d'Ivoire—Resource governance and the peace process“ (working title). Voraussichtliches Erscheinungsdatum Dezember 2008. www.bicc.de/publications/briefs/briefs.php

Zwar ist das „Harkin-Engel-Protokoll“ gegen Kinderarbeit in der Elfenbeinküste noch nicht umgesetzt. Dennoch bemüht sich die Regierung im Rahmen eines nationalen Programms, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu verbieten und die Lebens- und Bildungschancen von Kindern zu verbessern.

Weiterhin wäre es wichtig, auch die Weiterverarbeitung von Kakaomasse in der Elfenbeinküste verstärkt zu fördern. Durch gezielte Investitionen wäre das Land in der Lage, zu einem der wichtigsten Produzenten von Kakaoprodukten aufzusteigen. Die Produzenten würden von besseren Preisen profitieren.

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWent gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Gefährliche Edelsteine

Diamanten bestehen aus Kohlenstoff und entstehen tief in der Erde bei großer Hitze und hohem Druck. Bei Vulkanausbrüchen gelangen sie durch Eruptivschlote an die Erdoberfläche. Dort werden Diamanten auf zwei verschiedene Arten gewonnen.

Alluvialer Abbau: Wenn die Eruptivschlote durch Erosion zersetzt werden, lösen sich die Diamanten von selbst aus dem Gestein. Sie lagern sich dann im Sediment in der Nähe von Flüssen an. Hier werden sie mit einfachen Werkzeugen mühsam aus dem Schlamm gesiebt.

Kimberlit-Bergbau: Um an die Diamanten zu gelangen, die immer noch tief unter der Oberfläche liegen, müssen die Bergarbeiter und -arbeiterinnen Tunnel in das Vulkangestein graben. Da in vielen Minen keinerlei Absicherungsmaßnahmen getroffen werden, kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen.

Bei den Sprengungen, die dazu nötig sind, werden oft die Häuser der Anwohner beschädigt. Gebiete mit Diamantenvorkommen werden so durchwühlt, dass sie am Ende aussehen wie Mondlandschaften – voller tiefer Krater.

Diamanten finanzieren Mord- und Totschlag

Diamanten sind wertvoll und leicht zu schmuggeln. Daher werden sie von Kriegsakteuren gerne zum Kauf von Waffen genutzt. Mit dem Geld können die Kriegsparteien den Konflikt weiterführen, in dem die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Minen oft selbst schon Angehörige verloren haben.

Um diesem Problem zu begegnen, wurde auf Druck von Menschenrechtsorganisationen der Kimberley-Prozess angestoßen. Die daran teilnehmenden Länder haben sich verpflichtet, den Handel mit Diamanten aus Krisenregionen – den Konfliktdiamanten – zu unterbinden. Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in vielen Diamantenminen sind davon jedoch nicht betroffen.

Beim alluvialen Abbau stehen die Schürferinnen und Schürfer den ganzen Tag im Wasser und sieben nach den Steinen. Dabei sind sie der sengenden Sonne ausgeliefert.

Heiß ist es auch in den Minen tief unter der Erde. In den manchmal nur einen halben Meter hohen Schächten werden häufig Kinder eingesetzt, weil sie sich dort besser bewegen können und billige Arbeitskräfte sind.

Zudem gelangen über illegale Pfade weiterhin Konfliktdiamanten aus Kriegsgebieten in die Vitrinen der Juweliere.

Nur mit Zertifikat ein Symbol ewiger Liebe

Die Finanzierung von Kriegen mit Konfliktdiamanten ist die dunkelste Seite des Handels mit den schönen Steinen. Damit wir das Blutvergießen nicht mitfinanzieren, sollte jede Kundin und jeder Kunde beim Kauf von Diamantschmuck nach der Herkunft der Steine und nach dem Kimberley-Zertifikat fragen.

Da der Kimberley-Prozess bisher keine Bestimmungen zu besseren Arbeitsbedingungen enthält, sind die Zustände in vielen Diamantenminen Afrikas auch in friedlichen Ländern immer noch menschenunwürdig. Damit dies in Zukunft anders wird, muss der Kimberley-Prozess auf die Produktionsbedingungen ausgeweitet werden. Die Kampagne gegen Konfliktdiamanten fordert zudem eine faire und gerechte Nutzung von Diamanten und anderen Rohstoffen als Beitrag für nachhaltige Entwicklung und Frieden.

Der Diamantenhandel spielt in einigen Ländern eine positive Rolle für die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Botswana konnte mit den Einnahmen aus dem Diamantenhandel die Armut im Land reduzieren.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Der Kimberley-Prozess und *Fatal Transactions*

Die internationale Kampagne *Fatal Transactions* begrüßt den Kimberley-Prozess (KP) ausdrücklich. Jedoch erreichen immer noch Diamanten aus rebellenbesetzten Gebieten, wie z.B. jene der Elfenbeinküste, den internationalen Markt. Und so bedarf der KP noch weiterer Überarbeitung hinsichtlich seiner Umsetzung und Reichweite.

Außerdem finden die Beschränkungen des Kimberley-Prozesses nur Anwendung auf von Rebellen gehandelte Diamanten, was in keiner Weise ein Garant dafür ist, dass der Diamant frei von Menschenrechtsverletzungen ist. Dies gilt auch für offiziell befriedete Diamantengebiete.

Immer noch ist es geradezu charakteristisch für die Diamantenindustrie in Angola oder der Demokratischen Republik Kongo, dass Menschenrechtsverletzungen und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen für die Minenarbeiter an der Tagesordnung sind. Ebenso steht Simbabwe, wo jüngst neue Diamantenvorkommen entdeckt wurden, vor großen Problemen, wie Zwangsräumungen, Zwangsarbeit und illegalem Handel. Der derzeitige Zertifizierungsprozess erfasst diese Missbräuche leider in keiner Weise.

Vgl. www.bicc.de/fataltransactions/konfliktdiamanten_und_ft.html
und www.medico.de/themen/krieg/rohstoffe/

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWEnt gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Gold und Gift

Gold wird fast ausschließlich im Tagebau abgebaut. Tagebauminen lohnen sich vor allem, wenn sie sehr groß sind – oft mehrere tausend Hektar. In Ländern wie Peru, Russland oder Ghana verlieren für jede neue Goldmine Bauern oder Hirten ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage.

Vom Gold leben aber auch Kleinschürferinnen und -schürfer. Gold zu schürfen ist gefährlich. Regelmäßig verunglücken Menschen in den von Hand gegrabenen Stollen. Bei der Gewinnung von Gold werden giftige Chemikalien eingesetzt. Mit Quecksilber waschen die Arbeiterinnen und Arbeiter kleinste Goldpartikel aus Flüssen. Das Quecksilber schädigt das Nervensystem und verseucht Land und Trinkwasser. Beim industriellen Abbau von Gold wird es mit einer Zyanidlauge aus dem zerkleinerten Gestein gelöst. Das Abwasser wird unter freiem Himmel in großen Becken gelagert. Oft kommt es zu Dammbürchen, die ganze Flüsse verseuchen. In armen Ländern sind die Anwohnerinnen und Anwohner von Goldminen darauf angewiesen, das Wasser direkt aus dem Fluss zu nutzen. Doch dort steht heute oft: Fischen, Schwimmen und Trinken verboten.

Ein hoher Preis für die Bevölkerung

Beim Umgang mit Zyanid und Quecksilber kommt es häufig zu Unfällen. Deshalb wird gefordert, den Einsatz von Zyaniden im Goldabbau zu verbieten. In der Tschechischen Republik wurde die Zyanidlaugung im Jahr 2000 verboten, in den USA und Lateinamerika haben sich einige Regionen für zyanidfrei erklärt. In Pilotländern wie Guyana hat sich gezeigt, dass Kleinschürfer bereit sind, einen sicheren Umgang mit Quecksilber zu praktizieren, wenn sie Informationen über die negativen Auswirkungen und Zugang zu alternativer, bezahlbarer Technologie erhalten. In der EU darf heute kein Quecksilber mehr im Goldabbau eingesetzt werden, ab 2011 gilt sogar ein absolutes Exportverbot für Quecksilber.

Wegen der Goldproduktion werden Kleinbauern von ihrem Land vertrieben. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen leisten Aufklärungsarbeit, geben juristischen Rat und helfen den Menschen, sich zu organisieren. In Ländern wie Peru, Guatemala, Ecuador und Ghana gibt es heute nationale Plattformen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die eine Veränderung der Bergbaugesetzgebung und Mitbestimmungsrechte für die Bevölkerung fordern.

Recycling – eine glänzende Idee

Jährlich werden ca. 2.500 Tonnen Gold gefördert. Etwa zwölf Prozent davon verarbeiten die Mikroelektronik und die Zahnmedizin. 85 Prozent werden zu Schmuck verarbeitet. Für einen Goldring entstehen 20 Tonnen Abraum. Land und Wälder werden zerstört, Wasser wird verseucht.

Gold muss heute nicht unbedingt neu abgebaut werden – Gold lässt sich wiedergewinnen. Ob aus Schmuck, Zahnersatz oder elektronischen Geräten: Scheideanstalten können das Gold von anderen Materialien trennen, einschmelzen und für die Neuverwendung zur Verfügung stellen.

Verantwortungsbewusster Konsum kann Zeichen setzen. Ebenso wichtig ist jedoch politisches Engagement. In den letzten 20 Jahren haben Gruppen Umwelt- und Sozialstandards ausgearbeitet. Unternehmen und Regierungen, die diese Standards ignorieren, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Der industrielle Goldabbau sollte nicht im Rahmen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit oder durch internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank gefördert werden.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Goldene Zerstörung – die Auswirkungen der Iduapriem Goldmine in Ghana

Die Iduapriem Goldmine liegt im Wassa West Distrikt und wird aktuell von AngloGold Ashanti betrieben. Kleinbauernfamilien, die auf der Konzession der Goldmine Iduapriem leben, leiden zunehmend an Hunger, da ihr Land von der Mine übernommen wurde. Hinzu kommt, dass Wasserquellen versiegt oder verschmutzt sind und dass Brunnen nicht funktionieren. Seit 2003 gibt es zwei unter Beteiligung der Weltbank ausgearbeitete Aktionspläne, aber das Unternehmen hat wiederholt seine Versprechen gebrochen und andere Akteure – wie die Umweltbehörde und die Weltbank – haben es versäumt, das Recht auf Nahrung und Wasser der Gemeinden zu schützen. Besonders betroffen ist das Dorf Teberebie mit 700 Einwohnern.

Teberebie ist ein Wiederansiedlungsdorf von 700 Einwohnern. Die Bewohner haben bereits ihr ursprüngliches Land verloren – jetzt müssen die neuen Felder einem gigantischen Schuttablageplatz der Mine weichen. Im Jahr 2004 wurde eine Übereinkunft erlangt, nach der die Bauern neues Land erhalten sollen. Bisher besteht diese Zusage jedoch nur auf dem Papier.

Hintergrundinformationen zum Fall finden Sie auf der Website der europäischen Kampagne Face It Act Now unter folgendem Link: <http://www.face-it-act-now.org/wer-und-was/falle/ghana-2013-iduapriem>

Weitere Informationen: www.fian.de

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWEnt gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Verheerender Kahlschlag

Tropenholz ist keine botanische Bezeichnung, sondern bezeichnet seine Herkunft. Viele tropische Hölzer zeichnen sich durch vorteilhafte mechanische Eigenschaften und durch hohe Haltbarkeit aus. Für die Produktionsländer stellt Holz einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und ist eine bedeutende Einkommensquelle. Die ländliche Bevölkerung profitiert allerdings am wenigsten vom Holzeinschlag.

Die Abholzung der Regenwälder schreitet ungebremsst fort, ob in Indonesien, in Brasilien, in Kanada oder im Kongo-Becken. Ungezählte Tier- und Pflanzenarten sind deshalb zum Aussterben verdammt. Indigene Völker, die mit und vom Wald leben, sind in ihrer Existenz bedroht.

Mit dem Wald schwindet der größte CO₂-Speicher unseres Planeten und der Klimawandel wird angeheizt. Allein in Indonesien werden nach Angaben der UN-Welternährungsbehörde FAO (*Food and Agriculture Organization*) zufolge jährlich etwa 1,8 Millionen Hektar Wald vernichtet, eine Fläche, die der Größe Sachsens entspricht.

Edelholz schafft Elend

Ursache für den Waldverlust sind

- der immense Papierverbrauch in den Industrieländern,
- die Umwandlung von Primärwäldern in Soja- oder Ölpalmpflanzungen,
- der legale und illegale Einschlag von Edelhölzern.

Korruption verhindert eine wirksame Kontrolle des Holzeinschlages. Staatliche Instanzen kommen ihrer Aufsichtspflicht zum Schutz der noch intakten Wälder nicht nach. Ein Beispiel: nach Schätzungen stammen zwei Drittel des in Indonesien geschlagenen Holzes aus illegalem Einschlag.

Um den Weg zu einer nachhaltigen Waldwirtschaft zu ebnen, wurde 1993 unter Beteiligung von Umweltorganisationen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften das FSC-Zertifikat geschaffen. Generell fordern Umweltschützerinnen und Umweltschützer den vollständigen Verzicht auf die Vermarktung von Tropenholz zum Schutz der letzten, noch erhaltenen Regenwälder.

Papier frisst Urwald

Deutsche Firmen erwirtschafteten in den vergangenen Jahren durch den Export von Maschinen für Zellstoff- und Papierwerke stattliche Gewinne. Ihr wirtschaftliches und politisches Risiko ließen sie sich von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG absichern, die im Auftrag der Bundesregierung handelt. Allein für Exporte an den größten indonesischen Zellstoffproduzenten APP übernahm Hermes in der letzten Dekade Ausfuhrgarantien im Umfang von 373 Millionen Euro.

Zahlreiche private und öffentliche Großbanken (z.B. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, KfW und einige Landesbanken) beteiligten sich an der Finanzierung des Zellstoff- und Papierbooms in Indonesien.

90 Prozent des Zellstoffs für Primärfaserpapier stammt aus Importen. Jede und jeder Deutsche verbraucht rund 250 Kilo Papier pro Jahr. Wer Recycling- statt Primärfaserpapier nutzt, wer Papier spart, indem er keine Werbung akzeptiert oder Stofftücher statt „Wisch und weg“ nimmt, tut aktiv etwas zum Schutz der Wälder weltweit und zur Rettung des Klimas.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Deutschland nimmt als viertgrößter Papierkonsument weltweit eine Spitzenrolle ein: So verbrauchten die Deutschen nach Angaben des Verbands Deutscher Papierfabriken beispielsweise 2004 mit 19,4 Millionen Tonnen mehr Papier als Afrika und Südamerika mit 4.281.000 Tonnen bzw. 12.394.000 Tonnen zusammen (FAO: *State of the world's forests* 2005).

Der hohe Papierverbrauch in Deutschland hat Auswirkungen auf die Ressourcen und Menschen anderer Länder, da de facto nur ca. sechs Prozent des Zellstoffs für die hiesige Papierherstellung aus deutschen Wäldern stammen. Unser Papier und der Zellstoff für das in Deutschland produzierte Papier stammen aus insgesamt 130 Ländern. Allein für unsere Papier- und Zellstoffimporte wird weltweit jährlich eine Fläche von ca. 590.000 Hektar Wald – doppelt so groß wie das Saarland – gerodet.

Zusätzlich zu der gerodeten Waldfläche werden z.B. in Brasilien, Chile, Indonesien, Südafrika, Portugal und Spanien auf einer Fläche von ca. 450.000 Hektar schnellwüchsige Plantagen-Monokulturen angelegt, um den deutschen Bedarf an Papier und Zellstoff zu bedienen. Die Folgen dieser einseitigen und flächenintensiven Landnutzung sind unter anderem der Verlust von fruchtbarem Ackerland für die Produktion von Grundnahrungsmitteln und der Verbrauch wertvoller Wasserressourcen. Die Kosten dafür tragen nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher des Papiers in Deutschland, sondern die betroffenen Menschen und die Natur in den Herkunftsländern.

Vgl.: *urgewald e. V.*, ARA, *Forum Umwelt und Entwicklung* (Hg.), *Alternativer Waldschadensbericht*, S. 14, Januar 2006. www.urgewald.de

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWent gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Uran – in 70 Jahren aufgebraucht

Uran ist ein radioaktives Metall, das in den meisten Böden und Ozeanen als Spurenelement vorkommt. Uran muss abgebaut, aus Mischgestein extrahiert und energieintensiv aufbereitet werden, bevor es in Atomkraftwerken (AKW) als Brennstoff dienen kann. Während der ganzen Prozesskette der Aufbereitung wird Radioaktivität und klimaschädliches CO₂ freigesetzt.

Uran ist, wie Erdöl und Gas, ein endlicher Rohstoff. Die bekannten Uranreserven im Jahr 2005 von 4,74 Millionen Tonnen können die bestehenden Atomkraftwerke noch für etwa 70 Jahre versorgen. Derzeit brauchen die weltweit 439 Atomreaktoren rund 68.000 Tonnen Uran jährlich. Das ist ein Drittel mehr als die derzeitige Welturanproduktion von 39.655 Tonnen. Momentan wird der Verbrauch noch durch vorhandene Lagerbestände, wiederaufbereitetes Uran und verschrottetes Waffenuran gedeckt. Spätestens jedoch in zehn Jahren müsste die primäre Uranförderung verdoppelt werden, um die weltweite Nachfrage zu befriedigen. Der Energieaufwand wie auch die Kosten für den Abbau sind in den vergangenen Jahren deshalb bereits massiv gestiegen.

Gewaltige Risiken für Menschen und Umwelt

Der Uranabbau birgt gewaltige Risiken für Menschen und Umwelt. In den Förderländern wird im offenen Tagebau, in Bergwerken unter Tage und durch chemische Auslaugung die Umwelt großflächig zerstört. Die lokale Bevölkerung wird von ihrem Land vertrieben oder radioaktiv verstrahlt. Da die Uranerzkonzentration oft bei nur 0,1 Prozent liegt, muss sehr viel Gestein abgebaut werden. Dabei entsteht die tausendfache Menge an radioaktivem Abraum.

Der extrem hohe Wasserverbrauch bei Abbau und Anreicherung des Urans verursacht Wasserknappheit bis hin zu Dürren. Eine Uranmine von der Größe z.B. der SOMAIR-Mine in Arlit/ Niger verbraucht pro Tag rund 33 Millionen Liter Wasser – mitten in der Wüste.

Nach einer aktuellen Studie befinden sich 70 Prozent der weltweiten Uranvorkommen auf dem Land indigener Völker. Die traditionellen Lebensgrundlagen von nordamerikanischen Indianern und Inuit, Aboriginal Australians und nigrischen Tuaregs, Adivasi in Indien und anderen indigenen Völkern werden vernichtet und ihre Menschenrechte verletzt.

Verantwortung für den Uranabbau übernehmen!

Deutschland ist zu 100 Prozent von Uranimporten abhängig. 2005 hatten die 17 deutschen Atomkraftwerke einen Gesamtbedarf von 3.200 Tonnen Uran, etwa sechs Prozent des gesamten Weltverbrauchs. Durch seine Nachfrage nach Uran trägt Deutschland Mitverantwortung für die Zerstörung menschlicher Lebensräume und der Umwelt sowie für gewalttätige Konflikte in den Förderländern.

Aufgrund der verheerenden Auswirkungen des Uranabbaus sollte die deutsche und auch internationale Atomwirtschaft ihre Verantwortung für die massiven Gesundheits- und Umweltschäden des Uranabbaus in den Entwicklungsländern übernehmen und die tatsächliche CO₂-Bilanz des Atomstroms zugeben.

Uranimporte nach Deutschland aus Ländern, wo durch seinen Abbau Menschenrechte – insbesondere infolge radioaktiver Verstrahlung das Recht auf Gesundheit – verletzt und die Umwelt zerstört werden (quasi weltweit) sollten verboten werden.

Eine langfristig nachhaltige Energieversorgung muss auf massiven Einsparungen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien basieren. Durchgerechnete alternative Energieszenarien hierfür existieren in Fülle. Verbraucherinnen und Verbraucher können durch den Wechsel zu einem glaubwürdigen Ökostromanbieter dazu einen aktiven Beitrag leisten.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Beim Uranabbau im indischen Bundesstaat Jharkhand wird in extremer Weise gegen geltende Sicherheits- und Umweltstandards verstoßen, trotz gegenteiliger Beteuerungen der Betreibergesellschaft Uranium Cooperation of India Limited. Der MISEREOR-Partner Mines Monitoring Centre berichtet von drastischen Folgen: Die Verseuchung des Trinkwassers und der Böden führt zu einer akuten Gefährdung der Ernährungssicherung der hauptsächlich indigenen Adivasi-Bevölkerung. Die radioaktive Verseuchung der Umwelt hat Missbildungen, Frühgeburten und ein stark erhöhtes Krebsrisiko zur Folge. Die lokale Bevölkerung wird über diese Bedrohungen von den Bergwerksbetreibern nicht aufgeklärt. Neue Abbaugelände werden ohne Konsultation und Zustimmung der betroffenen Menschen vor Ort erschlossen, um die zunehmende Nachfrage Indiens nach Atomenergie zu befriedigen.

Vgl.: www.misereor.de/themen/rohstoffe-energie.html

„**Rohstoffe für eine gerechte Welt**“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWent gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Tank oder Teller?

Soja ist eine uralte Kulturpflanze, die seit mehr als 5.000 Jahren in Asien angebaut wird. Erst verhältnismäßig spät, im 19. Jahrhundert, hat sie ihren Siegeszug rund um den Globus angetreten. Heute ist die Sojabohne die wichtigste Ölpflanze der Welt.

Die Sojabohne ist reich an Eiweiß und Öl und damit sehr nahrhaft. Jedoch wird weniger als ein Fünftel der weltweiten Ernte von etwa 235 Millionen Tonnen jährlich als Nahrungsmittel genutzt. Über 80 Prozent der Ernte werden als Sojaschrot und -öl entweder zu Futtermittel oder zu Agrokraftstoff weiter verarbeitet. Der Sojamarkt boomt und die Anbaufläche wächst ständig weiter.

Teller oder Tank heißt die Frage. Die Menge z.B. an Mais, die für eine Tankfüllung benötigt wird (200 Kilo), reicht auch, um einen Menschen ein Jahr lang satt zu machen. Die beispiellose Preisexplosion für Lebensmittel in den Jahren 2007/2008 ist für viele Menschen lebensbedrohlich geworden. Das zeigen Hungerrevolten, die im Frühjahr 2008 dreißig Länder erfasst hatten.

Agrosprit heizt dem Klima ein

In bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien wächst ein bescheidener Wohlstand. Als Folge steigt der Fleischkonsum und damit der Bedarf an Soja als Futtermittel.

Auch treten immer mehr Menschen ins Automobilzeitalter ein. So wächst die Nachfrage nach Kraftstoff. Seit Jahren kennt der Spritpreis nur eine Richtung – nach oben. Die Ölpflanze liefert den begehrten Rohstoff für Biodiesel. Die Preise steigen – auch für Lebensmittel.

Mit dem Sojaboom kommen die Kettensägen. Denn Soja, Zuckerrohr und Palmöl sind die Hauptursache für die Entwaldung in Amazonien und Indonesien. So heizt „Agrosprit“ den Klimawandel weiter an.

Sojaplantagen vernichten Arbeitsplätze und Regenwald

Die Gewinner des neuen Booms sind große Unternehmen wie „Brasil Ecodiesel“, Vermarkter von Saatgut wie Monsanto und die Sojaweltmarktführer Cargill, ADM oder Blairo Maggi.

Die Liste der Verlierer ist länger. Viele Kleinbauern im brasilianischen Cerrado oder im argentinischen Chaco werden von ihrem Land vertrieben. Andere Arbeitsplätze gibt es für die wenigsten: Pro Hektar beschäftigt die kleinbäuerliche Landwirtschaft ein bis drei Arbeitskräfte. Auf Sojaplantagen ist es hingegen nur ein Arbeiter pro 200 Hektar. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten sich bewusst sein, dass ihr Fleischkonsum dazu beiträgt, in Südamerika Regenwald zu vernichten. Die Verfütterung einheimischer Lebensmittel sollte gefördert werden. Ernährungssicherung, die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und der Erhalt der Biodiversität müssen Vorrang haben. Verbleibende Flächen können dann auch noch genutzt werden, um Futtermittel und wertvolle Rohstoffe aus Biomasse zu gewinnen – umwelt- und sozialverträglich.

Rohstoffe für eine gerechte Welt



Die großen Spieler

Die steigende Nachfrage nach Soja hat nicht nur den Weltmarktpreis in die Höhe getrieben, sondern auch die Bemühungen von einigen transnationalen Konzernen verstärkt, die Sojaproduktion zu erhöhen.

Die größten Produzenten wie Cargill (USA), Archer Daniels Midland (USA) oder Blairo Maggi Group (Brasilien) wetteifern um die größten Anbauflächen.(...)

Die Flächen werden häufig auf dubiose Weise in Besitz genommen und durch Rodung des Regenwaldes für den Anbau von Soja vorbereitet.

Blairo Maggi, seit 2003 auch Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Mato Grosso, hat von Greenpeace die „Goldene Kettensäge“ verliehen bekommen. Während seines ersten Amtsjahres wurden in Mato Grosso 26.000 km² (ca. 8600 Fußballfelder) Regenwald abgeholzt, um Soja anzubauen. Das entspricht sechs Fußballfeldern in der Minute. „Wo Soja wächst, herrscht Stille“, zitierte die „Süddeutsche Zeitung“ im Juni 2006 aus einer Studie.

Kein Vogel verirre sich in die kilometerweiten Soja-Monokulturen in Brasilien. Zu einer Luftaufnahme zur Urwaldzerstörung heißt es in dem Beitrag: „Kahlschlag – so weit das Auge reicht: Die Sojaplantagen der amerikanischen Agrarindustrie fressen sich immer tiefer in den Regenwald des Amazonas und bedrohen längst das fragile Gleichgewicht des Dschungels.“

www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung/downloads/Soja_pdf.pdf

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ ist eine Ausstellung des **BICC** (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion, www.bicc.de) gemeinsam mit **Brot für die Welt** www.brot-fuer-die-Welt.de · **EIRENE** www.eirene-deutschland.org · **Fatal Transactions** www.fataltransactions.de, www.fataltransactions.org · **FIAN** www.fian.de · **Heinrich-Böll-Stiftung** www.boell.de · **medico international** www.medico.de · **MISEREOR** www.misereor.de · **Urgewald** www.urgewald.de.

Mehr Informationen zur Ausstellung: www.rohstoffgerechtigkeit.de

Die Ausstellung wird von der **InWEnt gGmbH** aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert.